

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Die Umsetzung im Reichstagsausschuss.
Der Hauptausschuss des Reichstages setzte gestern die Umsetzung der rumänischen Friedensverträge beim Zusatzvertrag über die wirtschaftlichen Beziehungen fort, zu dem Ministerialdirektor von Roerner u. a. ausführte: Der Zusatzvertrag setzt den Handelsvertrag mit einigen zum Teil recht wesentlichen Modifikationen zu unseren Gunsten in Kraft. Der gesamte rumänische Zolltarif ist geändert worden, während wir uns für unseren Tarif bestimmungsmäßig vorbehalten haben. Konzessionen, die anderen Ländern zu unseren Ungunsten gemacht worden sind, sollen aufgehoben werden. Das Sonderabkommen gemäß in das Petroleumabkommen und das Wirtschaftsausschuss. Das Petroleumabkommen soll uns die Überschüsse der rumänischen Petroleumindustrie sichern, ohne den Betrieb der bestehenden deutschen Petroleumgesellschaften in Rumänien zu hindern. Das Wirtschaftsausschuss sichert Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Absatzmärkte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Rumäniens. Für die ersten beiden Jahre ist ein fester Kauf abgeschlossen, für die späteren Jahre besteht ein Optionsrecht. Das Schiffsverkehrsabkommen begreift die Gleichstellung von deutschen Schiffen auf Ladungen mit denen anderer Meeresbegünstigungen. Zur Frage der Durchfuhrschwierigkeiten erklärte Ministerialdirektor Roerner u. a.: Die Durchfuhrschwierigkeiten, die uns Oesterreich-Ungarn macht, werden immer mit den Durchfuhrschwierigkeiten begründet, die wir Oesterreich-Ungarn nach Holland und den skandinavischen Reichen bereiten. Das Auswärtige Amt tut alles, um diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Wenn es gelingen sollte, ein engeres wirtschaftliches Verhältnis mit Oesterreich-Ungarn herzustellen, werden vermutlich auch diese Schwierigkeiten fortfallen. Geheimrat Scholz erklärte hierzu, daß es sich bei der österreichisch-ungarischen Ausfuhr nach Holland zum Teil um Rohstoffe aus dem Ostrauer Revier gehandelt habe, zu einer Zeit, wo Deutschland bei der außerordentlichen Inanspruchnahme seiner Eisenbahnen habe sehen müssen, jede unnötige Verbesserung auf weiten Strecken zu vermeiden. Im weiteren Verlauf erklärte Staatssekretär v. Kühnemann um einer Regendenbildung entgegenzutreten, Regenden sind, wenn sie einmal entstanden sind, schwer wieder zu beseitigen, deshalb muß ich betonen: Es kann keine Rede davon sein, daß ich mich auf eine allzu lange Dauer des Krieges festgelegt habe. Das Petroleumabkommen wurde angenommen.

Die Offensive gegen Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Generalbericht.
Der Generalstab meldet vom 26. Mai: In den Fronten westlich der Etsch war die Gefechtsintensität in den letzten Tagen wieder lebhaft. Auf dem Jugna-Rücken schlugen wir stark, durch heftiges Geschützfeuer eingeleitete Vorstöße unter schweren Verlusten ab. Auf der Hochfläche von Mlago und zwischen Brenta und Piave verlief der gestrige Tag wesentlich ruhiger. Das erlittene Blutige vom 24. hat für die Italiener mit einem vollen Mißerfolg geendet, der am Karsten dadurch in Erscheinung trat, daß in dem meist umstrittenen Kampfgebiet auf dem Mlago und dem Monte Pertica unsere dem Feinde folgenden Truppen beträchtliche Abschnitte seiner vorbesten Linien in Besitz nahmen. So sind demnach dank der Tapferkeit und dem heroischen Jagren der in ungedeckter Kampfesfront stehenden Truppen alle italienischen Aufstellungen, das am 18. Juni eingeübte Gelände wieder zurückgewonnen, d. h. gut gesichert. Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls von Borowitsch keine besonderen Ereignisse.

Die Lage des Itallens.
Holländisch Bureaubureau meldet aus London: In wohlinformierten Kreisen gehen die Meinungen über die Entwicklungsmöglichkeiten der italienischen Front an der Piave auseinander. Man ist vielfach der Ansicht, daß es den Italienern nicht gelingen werde, den Rückzug des Gegners stark auszunutzen, weil die Schwierigkeiten des Transports und der Aufrechterhaltung der Verbindungen über die Piave für die italienischen Truppen dabei ebenso groß seien, wie sie für die österreichisch-ungarischen Truppen waren. Trotzdem hofft man, daß die Uebersehungen der Piave bald ein Ende nehmen werden, so daß die Lage der Italiener sich dadurch wesentlich verbessern würde.

Vom ungarischen Parlament.

Armenien.
Aus Budapest wird vom Dienstag berichtet: Im ungarischen Abgeordnetenhaus verlangt Abg. Kovacs die Abdankung der Regierung, weil sie die Wahlreform im Stiche gelassen habe, und beantragte schließliche Wahlreformvorlage von der Tagesordnung abzusetzen. (Großer Lärm rechts.) Ministerpräsident Wekerle erklärte, Bezug nehmend auf die Arbeitseinstellungen und die Agitation gegen die Regierung in den Fabriken: Es ist absolut unmöglich, daß die Regierungsgewalt von eigenen professionell gebildeten Organisationen, Arbeiterräten und dergleichen angegriffen werden kann. (Langanhaltender Beifall rechts, großer Lärm auf der äußersten Linken; Ruf: Das wollen die Arbeiter auch nicht!) und daß dies von unlänternden Elementen dirigiert werden. (Großer Lärm links.) Die Unterwerfung der gegenwärtigen Regierung ist nicht so sehr der Wunsch des Volkes, als der einiger Herren Abgeordneten. (Große Heiterkeit rechts, Lärm auf der äußersten Linken.) Die Regierung verfolgt keine persönlichen Zwecke, aber es ist ihre Pflicht, daß sie ihren Posten nicht selbe verläßt. (Großer Beifall rechts, lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken.) Die staatsfeindlichen Bestrebungen, welche in einem großen Teile des Auslandes verbreitet sind, haben auch bei uns Eingang gefunden, zum Teil infolge agitatorischer Tätigkeit unserer Feinde, leider aber auch dadurch, daß gewisse irreführende Elemente sie unterstützen. Der Ministerpräsident schloß: Ich habe ruhig auf die Einstellung der Bewegung gewartet, bis aber (Lärm auf der Linken), welche die friedliche Lösung verhindern (Beifall rechts, Lärm links.)

Das Reglement in Oesterreich.
Aus Wien wird gemeldet: Die „Neue freie Presse“ berichtet, erhalten die Abgeordneten Prof. Waldner, Tenzel und Freiherr von Ranz bei Ministerpräsident v. Seidler, um ihm den Beschluß des Verbandsausschusses der deutsch-nationalen Parteien mitzutheilen und zu erklären, daß dieser Beschluß gleichbedeutend sei mit dem Festhalten an der Person des Ministerpräsidenten. Aus einem Rücktritt des Ministerpräsidenten müßte die deutsche Partei die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Die Diktatur in Irland.

Die „New York Times“ über die irische Situation.
Im englischen Unterhaus sagte Schorrt, der Minister für Irland, die Gründe auseinander, die die Regierung zur Aenderung ihrer irischen Politik bestimmt haben. Im erster Stelle habe die deutsche irische Verschwörung die Lage verändert, zweitens sei die Opposition gegen die Diktatur in der Hand der irischen Elemente, die diese Bewegung für ihre revolutionären und deutschfreundlichen Zwecke ausnützen, gekommen. Schorrt zitierte hier die Bemerkungen mehrerer irischer Führer. Deshalb habe die Regierung eingreifen müssen, und zwar derart, daß von einer irischen Frage, solange der Krieg dauere, nicht mehr gesprochen werden könne. Die Regierung wünsche jedes Gerichtsverfahren und jede Hinrichtung zu vermeiden, wenn die Ruhe in Irland auch ohne diese Maßnahmen wiederhergestellt werden könne. Die freiwillige Rekrutierung habe in irischen gute Erfolge aufzuweisen. Carson richtete einen Appell an die Iren, die Ehre des Landes in den Weltkämpfen für Freiheit und Zivilisation hochzuhalten. Sie könnten sich in dieser Hinsicht ein Beispiel an den amerikanischen Iren nehmen. Darauf richtete Lloyd George einen Appell an die irischen Parlamentarier. Die Regierung stünde vor dem Problem, ein Land zu verwalten, ohne daß seine Bevölkerung diese Verwaltung wünsche. Er könne versichern, auch wenn er Einzelheiten nicht darlegen dürfe, daß eine sehr ernste Verschwörung der Iren bestände. Das irische Volk habe sich von der englischen Regierung befreien wollen. Eine dringende Unterdung müßte ein anderes Anstreben der Regierung hervorgerufen. Ein weiteres gezieltes Zusammenarbeiten auf der früheren Grundlage sei nicht mehr denkbar, zumal die Weisheit gegen die Regierung aufgetreten sei, ein Verhalten, das absolut nicht zu verstehen sei und unbedingt zum Rücktritt der Weisheit anzuhalten müsse. Unter solchen Umständen sei eine Durchführung der beschlossenen Gesetze so lange nicht zu denken, bis die Gemüthsstimmung in einer gemeinsamen Zusammenarbeit sich wieder beruhigt habe.

Eine dramatische Sitzung der Moskauer Regierung.

Die Resolution als Argument.
Stocholmer Blätter berichten aus Moskau: In der jüngsten Sowjetisierung in Moskau referierte Sinowiew über die Lage in Westsibirien und im Ural sehr pessimistisch. Die vorgehenden bolschewistischen Truppen reichten nicht aus, den Aufstand der Tscheko-Slowaken zu unterdrücken. Der Sozialrevolutionär Seimann, beschuldigte die Räteregierung der Nachgiebigkeit gegenüber dem deutschen Imperialismus, weil sie den Marsch der Tscheken über Wolatowost an die französische Front verhin derte. Lassowitsch zog den Revolver und rief: Falls wir eine Niederlage erleiden, habe ich 14 Schuß für euch und einen für mich! Die Versammlung nahm darauf einen Aufbruch an. Lenin und Trozki leiteten einen revolutionären Rat zum Kampf gegen die Tscheken ein.

Sand und Sand.
Pariser Blätter lassen sich aus Moskau melden, Lenin habe durch ein Dekret den russischen Botschafter in London angewiesen, der Familie von Karl Marx die Summe von 1 Millionen Rubel zu überweisen, die zur Errichtung eines Grabdenkmals für den Vater des wissenschaftlichen Sozialismus verwandt werden soll.

Erordnung des Ungarn?
Nach Meldungen der Moskauer Presse soll sich der entflohene Großfürst Michael Alexandrowitsch an die Spitze der neuen sibirischen Regierung gestellt und ein Manifest an das russische Volk erlassen haben. In der Stadt Tambow ist die Ruhe wiederhergestellt. Starke tschechische und kosakenkräfte sind längs der Bahn System-Wiasma festgestellt.

Die Jarenfamilie soll nach Perm überführt worden sein. Der Verbleib des früheren Jaren selbst ist nach den Nachrichten der Zeitungen unbekannt. Die Nachrichten über seine in Jekaterinburg erfolgte Ermordung mehrten sich.

Stellung der russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.
Nach einer Meldung aus Kiew sind die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen in Kiew ins Stocken geraten, da bei der Besprechung der Grenzgebietfragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Stets politische Maßnahmen.
Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet: Von den Kampfzonen nach Moskau.
Aus feindliche Flugversuche auf offene Städte. Amlich wird aus Karlsruhe gemeldet: Dienstag morgen nach 7 Uhr griff eine Anzahl feindlicher Flugzeuge die offene Stadt Karlsruhe an. Es wurden dabei mehrere Bomben geworfen, durch welche einiger Schaden anrichtet wurde. In einem Vorort wurden Kirche und

Stachans beschädigt. Ferner wurde die offene Stadt Offenbach (Hessen) von einer großen Anzahl feindlicher Flugzeuge mit mehreren Bomben angegriffen. Schuler wurden nicht beschädigt. Menschen nicht verletzt. Es entstand leichter Materialschaden. Ein feindliches Flugzeug wurde zum Absturz gebracht.

Rumänische Einfäufe in Deutschland. Aus Bukarest wird gemeldet: „Gazeta Bucurestilor“ berichtet, daß der Vertreter des rumänischen Handelsministeriums aus Deutschland 25 000 Dachs 100 000 Socken und 48 000 Socken gekauft hat. Die Werkzeuge bereits aus Deutschland versandt worden und dürfen diese Tage Rumänien anlangen. Es wird weiter verhandelt zwecks Einkaufs von 80 000 Pfaffen, sowie 4000 Pfaffen.

Keine Deportierung deutscher Staatsangehöriger aus China. Die „Morning Post“ meldet aus Peking: Die in letzter Stunde erfolgte Rückgängigmachung der Maßregel der Deportierung deutscher Staatsangehöriger aus China wird chineesischerseits den Gefühlen der Menschlichkeit und der Rücksicht auf die chineesischen Untertanen in Deutschland erklärt, doch erfolgte das Annulierungsdok des Admittis nach längerem Verweilen mit Paris und London, wo offenbar die von Deutschland angebotenen Vergeltungsmaßregeln gegen die Stillbohrer Einbruch gemacht haben.

Einstellung deutscher Zeitungen in Amerika. Die Einstellung aus New York haben die „New Yorker Staatszeitung“ und die „New York Times“ ihren Vertriebswegen wegen finanzieller Verluste eingestellt. (Mit dem Eingehen der „New Yorker Staatszeitung“ verschwindet das einflussreichste Organ der deutsch-amerikanischen Presse. Sie war seit 1907 im Besitz von Hermann Müller.)

Marsch der Million. Der tschechisch-slowakische Führer u. Hochverdrer Prof. Masaryk wurde vom Präsidenten Wilson empfangen.

Die Spannung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten hat eine weitere Verschärfung erfahren. Die gesammelte der Vereinigten Staaten ist an der mexicanischen Grenze zusammengezogen und wird von starken Infanterie- und Feldhaubitzen abstellungen unterstützt. In zwei benachbarten Staaten der Vereinigten Staaten sollen auch bedeutende Marinekräfte für alle Fälle bereitgehalten werden. Auf mexicanischer Seite haben sich 3000 Soldaten längs der Grenze eingegraben. Täglich wird über die Grenze geschossen.

Chile bleibt neutral. Die chineesische Botschaft in Washington hat einen Antrag aus der Rede des Präsidenten bei der Sitzung der chineesischen Kammer. Hieraus geht hervor, daß Chile die Durchführung einer strikten Neutralitätspolitik entschlossen ist.

Japan in Sibirien. Reuters erfährt von maßgebender japanischer Seite, daß am dem Bericht, die Entscheidung über die Intervention in Sibirien sei getroffen, sein wahres Wort sei. (Marsch der Sache bereits langweilig. D. Red.)

Die deutsch-englischen Verhandlungen. Die Arbeitsdeutsch-englischen Konferenzen, die aber den Austausch von Kriegsgefangenen verhandelt, läßt die Erzielung eines Einverständnisses erwarten. Die Konferenz beschloß, ihre Arbeiten für mehrere Tage einzustellen, damit die beiderseitigen Vertreter von ihren Regierungen Weisung über gewisse Fragen einholen können.

Von Stadt und Land.

Zur Laubjammung.
Die Heeresverwaltung hat umfangreiche Laubjammungen organisiert; dieselben haben bereits mehrere Wochen begonnen. Das Laub wird auf Darre getrocknet, dann vermahlen und mit Melasse vermischt a Laubfütterfuchen der Front zugeführt. Dieser Laubfütterfuchen soll keineswegs, wie vielfach angenommen wird, das Laubfütter ersetzen, sondern den Safer.

Im Frieden ist bei uns nur in Kleinwirtschaften regelmäßig Laub verfüttert worden, und so ist uns am meißlich das Empfinden dafür verloren gegangen, daß das Laub ein gutes Futtermittel seiner Natur nach ist. Die Erfahrungen, die man in anderen Ländern mit Laubfütterung gemacht hat, haben dazu geführt, daß 80 kg seines Laubheu in Frankreich (vergl. die Instruktion des Französischen Ueberbau-Ministeriums) wie 100 kg mittlerer Wiesensheu bewertet werden, die norwegischen Fachleute rechnen mit 85 kg Laubheu, in Italien und den österreichischen Alpen rechnet man mit 82 kg, die den Doppelgemitter mittleren Wiesensheu ersetzen.

Die Organisation ist zusammengefaßt in der Laubfütterstelle für die Heeresverwaltung, Berlin Potsdamerstr. 51a. Die einzelnen Kriegswirtschaftsämter errichteten wieder, wo es anging war, Sammelstellen an deren Spitze ein Ortsangehöriger (Lehrer, Geistlicher) als Sammelleiter steht, der die Sammelmaßnahmen treffen hat. Als Sammler stehen die Schüler und Schüler innen sowie alle diejenigen, die sich dazu melden zur Verfügung, und es ist erwünscht, wenn sich eine reichliche Beteiligung findet. Das gesammelte Laub wird entweder im Schatten getrocknet oder an der Sonne angeliefert. Es muß vermieden werden, daß grünes Laub weit transportiert wird, weil die Frucht zu kostbar ist und die Futterqualität sehr leidet. Daher wird Grünlaub nur dort angenommen, wo eine Darre in nächster Nähe ist. Im anderen Falle wird das Laub schattentrocken angeliefert und dann auf der Darre voll getrocknet. Die kaufmännische Verwertung hat die Laubjammungsvereinigung der deutschen Landwirte. Für größere Gebiete hat sie Haupteinkäufer bestellt, denen zahlreiche Untereinkäufer zur Seite stehen. Das angelieferte Laub haben diese Untereinkäufer sofort zu bezahlen, um zwar nach dem Satz: 1 dz Grünlaub 4 Mk., 1 dz Trockenslaub 18 Mk. Außerdem sorgen sie für Säcke und Geräte und Geräte zur Laubgewinnung und den Transport zu Darre.

Die Verarbeitung der getrockneten Ware zu Futterfuchen geschieht durch eine größere Anzahl geeigneter Fabriken unter Leitung des Kriegsausschusses für Erfassung, der für die Ablieferung dieses Futters an die militärischen Abnahmestellen Sorge trägt.

Ein Jubiläum. Herr Stadtrat Christian Gant her, gebürt seit 25 Jahren ununterbrochen dem Kirchen vorstand von Rißterlein-Jelle an, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 8 Jahren ist. Für seine großen Verdienste um die Entwicklung der Kirchengemeinde, insbesondere beim Bau der Friedenskirche, ist ihm vom Landeskonsistorium eine Anerkennungsurkunde und Danksurkunde ausgestellt worden, die ihm in der letzten Kirchenvorstandssitzung unter herzlicher Beglückwünschung seitens des Kirchenvorstandes überreicht wurde.

Bedensmittel am Freitag: Kindergerstemehl und Graupen!

Von der Wobelausstellung. Die Wobelausstellung für Kriegsgefangene erfreut sich fortgesetzt eines regen Besuches. Am letzten Sonntag zählte man 800 Besucher. Die Ausstellung wird am kommenden Sonntag (28.)